



## **Für den Ausbau der Gedenkstätte „Kriegsgefangenenlager Stalag 326“ zu einem europäischen Erinnerungsort: gegen rassistische Gewalt - für Versöhnung und Verständigung**

„Die durch großes bürgerschaftliches Engagement in vielen Kommunen entstandenen Gedenkstätten sind Teil unserer Kultur der Vielfalt in Nordrhein-Westfalen. ... Alle NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW gehen auf bürgerschaftliches Engagement zurück, das sich vor Ort oft gegen erhebliche Widerstände durchzusetzen hatte.“

Dieser Maxime aus der Entschließung des Landtages NRW zu NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte<sup>1</sup> folgend, setzen wir uns für den Ausbau der bestehenden Gedenkstätte Stalag 326 in Stukenbrock/Senne zu einem überregional und international bedeutsamen Erinnerungsort ein.

Das ehemalige Kriegsgefangenenlager der deutschen Wehrmacht „Stalag 326“ in der Senne, gelegen zwischen Bielefeld und Paderborn, war wahrscheinlich der größte Sammelpunkt von – ganz überwiegend sowjetischen - Kriegsgefangenen im Deutschen Reich gewesen; bis zu 300.000 Gefangene wurden hier vom Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges durchgeschleust und als Zwangsarbeiter in die Landwirtschaft, öffentliche Einrichtungen sowie in Industriebetriebe vor allem ins Ruhrgebiet und in den Bergbau geschickt, solange sie arbeitsfähig waren. Zum Sterben kamen sie oft nach Stukenbrock zurück.

Rassismus, Antisemitismus und Antibolschewismus bildeten die Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung. Aus ihnen ergaben sich die Torturen von Vernachlässigung, Verweigerung lebensnotwendiger Versorgung und Vernichtung, von denen im Stalag 326 vor allem die sowjetischen Kriegsgefangenen betroffen waren. An diesem Orte kulminierten die unterschiedlichen Phasen der Be- bzw. Misshandlung vom Ausharren in Erdhöhlen über den zwangsweisen Arbeitseinsatz bis zum Tod. Die Kriegsgefangenen kamen aus zahlreichen europäischen Ländern und die Überlebenden kehrten nach Kriegsende überwiegend auch dahin zurück. Das gemeinsame Schicksal als Kriegsgefangene war aber in sich differenziert und wird in den betroffenen europäischen Ländern bis heute unterschiedlich erinnert. Die unterschiedlichen Lagererfahrungen gingen in je spezifischer Weise in die regionalen und nationalen Erinnerungskulturen ein und sind bis heute bedeutsam. Als europäischer Erinnerungsort könnte die Gedenkstätte in Zukunft in ihrer Bildungsarbeit diese Erfahrungen zusammenführen.

---

<sup>1</sup> „Erinnerungskultur würdigen – NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW sind herausragende Partner der historisch-politischen Bildungsarbeit“, Entschließung des Landtages NRW v. 1.12.2016, Plenarprotokoll 16/129.

Die Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen blieben Jahrzehnte lang im „Erinnerungsschatten“ der deutschen Bevölkerung - so Bundespräsident Joachim Gauck im Jahr 2015 bei einem Besuch des Ehrenfriedhofs, der dem Lager angegliedert ist.

Der Erinnerungsort „Stalag 326“ ist geeignet, die Problematik von „Kriegsgefangenschaft“ nicht nur im Nationalsozialismus zu dokumentieren, sondern bis in die Gegenwart zu thematisieren und für die universelle Bedeutung des Themas heute sensibel zu machen.

Die Gedenkstätte „Stalag 326“ ist für unterschiedliche Besuchergruppen von Interesse:

- Die PolizeischülerInnen und die AnwärterInnen für den Justizvollzugsdienst sowie Soldaten/innen der naheliegenden Bundeswehrkaserne besuchen bereits jetzt regelmäßig die Gedenkstätte.
- Für Schulklassen ist sie bereits jetzt ein außerschulischer Unterrichtsort.
- Überlebende, ihre Verwandten und Nachkommen erkunden hier das eigene oder das Schicksal ihrer Angehörigen und werden dabei von den MitarbeiterInnen der Gedenkstätte unterstützt.
- Interessierte Bürger aus der Region, aber auch Touristen des umliegenden Naturschutzgebietes gehören schon heute zu den BesucherInnen der Gedenkstätte.

Um diesen unterschiedlichen Gruppen von politisch und historisch interessierten BesucherInnen gerecht zu werden, müssen

- angemessene museumsdidaktische Konzepte erarbeitet,
- Materialien sowie Arbeitsräume bereit gestellt werden,
- die wissenschaftliche Erforschung sowie Auswertung von Archivmaterial, insbesondere der Lebensgeschichten der Kriegsgefangenen, intensiviert,
- archäologische Grabungen, die bisher schon bedeutende Funde zu Tage gefördert haben, vorangetrieben werden.

Die Bildungsarbeit der zu erweiternden Gedenkstätte wird nicht nur über die Grundlagen und Auswirkungen der NS-Ideologie informieren, sondern auch das Weiterwirken von wichtigen Bestandteilen bis heute thematisieren. Weder die historische noch die gegenwärtige Wirkung spielt sich in einem abstrakten Raum ab. Sie wurde und wird in konkreten Handlungen vollzogen, die in der Bildungsarbeit im Vordergrund stehen sollen. Hier ist besonders die (Mit-)Verantwortung der Wehrmacht für die Art der Kriegführung hervorzuheben. Die Wehrmacht trug aber nicht nur die Verantwortung für die Kriegführung, sondern auch für die Leitung und Administration der Kriegsgefangenenlager sowie die Aufsicht über deren Insassen. Diese Verantwortung darzulegen, hat heute nicht die Funktion einer (ohnehin verspäteten) Anklage, sondern sie soll zeigen, dass Verfolgung und Vernichtung Menschen-gemacht und alltäglich waren, von konkreten Individuen angeordnet und vollzogen wurden.

Die künftige Gedenkstätte soll daher nicht nur ein Ort der Dokumentation, des Gedenkens und der Forschung sein. In Zusammenarbeit mit deutschen und ausländischen Gedenkstätten und Institutionen der Jugend- und Erwachsenenbildung soll sie sich aktiv um Verständigung mit Menschen in

den ehemaligen „Feindstaaten“, insbesondere in Russland, der Ukraine und Weißrussland, bemühen und damit einen positiven Zukunftsbezug setzen.

Die Geschichte ist 1945 nicht stehengeblieben.

- Für viele sowjetische Kriegsgefangene setzte sich die Geschichte von Verfolgung, Lager, Zwangsarbeit und Diskriminierung nach der Befreiung fort.
- Belastete Nationalsozialisten wurden in dem unzerstört gebliebenen Lagerkomplex untergebracht, in dem die britische Besatzungsmacht nach Kriegsende ein Internierungslager einrichtete.
- Schließlich fanden Flüchtlinge nach Auflösung des Internierungslagers hier für viele Jahre notdürftig Unterkunft.
- Zur Nachkriegsgeschichte gehören auch die Widersprüche von Gedenken, Verleugnung oder Verharmlosung des Schicksals der sowjetischen Kriegsgefangenen und insbesondere des Gedenkortes Stalag 326 in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Die Dokumentation dieser Nachkriegsgeschichte des Stalag 326-Geländes ermöglicht Lernprozesse über den Umgang mit einer schwierigen Vergangenheit und öffnet Ausblicke in eine Zukunft, die sich von der diktatorischen Vergangenheit löst. Sie stimuliert den Dialog über angemessene Erinnerung und Neuorientierung und ist deshalb insbesondere für die jetzige Generation wichtig. Sie sollte daher in die Gesamtkonzeption einer räumlich und inhaltlich erweiterten Gedenkstätte einbezogen werden.

Die beschriebenen Zielsetzungen übersteigen die bisherigen, sehr beschränkten räumlichen Möglichkeiten und die Arbeitskapazität der zumeist ehrenamtlich tätigen MitarbeiterInnen des Fördervereins bei weitem. Daher setzen wir uns für den personellen Ausbau sowie die Erweiterung und Neugestaltung von Ausstellung und Gelände der Gedenkstätte einschließlich des Friedhofs ein.

Gegenwärtig koordiniert ein Lenkungsausschuss unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten NRW die strategisch-politischen Aufgaben, um den Ausbau der Gedenkstätte zu realisieren. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) hat die Aufgabe übernommen, einen Antrag zur Förderung des Ausbaus bei Bund und Land vorzubereiten. Als wichtiger Schritt hat der LWL ein Projektbüro mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie beauftragt, die bis zum 30.6.2020 vorliegen soll. Parallel dazu soll eine Institutionen-übergreifende Debatte geführt werden, damit auf Grund der Machbarkeitsstudie bis Ende August 2020 der Antrag ausgearbeitet und eingereicht werden kann.

Nicht nur das regionale Engagement hat entscheidende Bedeutung für die Durchsetzungskraft eines Antrages; darüber hinaus ist ein breiter Unterstützerkreis von Expert/innen, engagierten Bürger/Innen und politisch Verantwortlichen für eine Gedenkstätte von überregionaler und internationaler Bedeutung unverzichtbar.

Wir möchten Sie daher bitten, uns Ihre Bereitschaft zu erklären, das Vorhaben zu unterstützen. Ihre Unterstützung drücken Sie aus durch eine Mail an die Regionale Arbeitsgruppe OWL/Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. [rag-owl\\_gegenvergessen\\_fuerdemokratie@posteo.de](mailto:rag-owl_gegenvergessen_fuerdemokratie@posteo.de) mit dem Text:

„Ich/wir unterstütze/n den Ausbau der Gedenkstätte „Kriegsgefangenenlager Stalag 326“ in Stukenbrock/Senne - Ein europäischer Erinnerungsort gegen rassistische Gewalt - für Versöhnung und Verständigung“.

Mit Angabe Ihres Namens, Ihrer Funktion erklären Sie sich einverstanden mit einer Veröffentlichung im Rahmen der weiteren Verbreitung der Denkschrift.

*Für die Regionale Arbeitsgruppe Ostwestfalen-Lippe „Gegen Vergessen – für Demokratie“,*

*Prof. em. Dr. Jürgen Feldhoff ( Universität Bielefeld), Günter Garbrecht (Landtagsabgeordneter a.D., Bielefeld), Dr. Uwe Günther (Rechtsanwalt, Bielefeld), Jürgen Heinrich (Beigeordneter i.R., Bielefeld), Dr. Falk Pingel (Historiker, Bielefeld), Fritz Spratte (stellv. Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Gütersloh), Prof. Dr. Thomas Welskopp (Universität Bielefeld), Dr. Dieter Kinkelbur (Lehrer im Hochschuldienst, Universität Bielefeld), Dr. Helga Jung-Paarmann (Historikerin)*

*Bielefeld, im April 2020*